

Abteilung Montage und Ausbau

Montag, 12. Juni

2017

Qualifikationsverfahren Allgemeinbildung

Schlussprüfung (SP) für 4-jährige Lehren, Teil 1 und Teil 2, Lösungen

4 H
Lehrjahre

Lösungen

Für die ganze Prüfung gilt: Es dürfen keine Viertelpunkte gegeben werden.

Risiko und Sicherheit: Versicherungen

1.

1a

Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung; Motorhaftpflichtversicherung; Motorhaftpflicht

1b

Schaden am LKW: 0.5 P, Schleudertrauma des Chauffeurs: 0.5 P

1c

Kasserra muss einen Teil der Schadenskosten selber bezahlen. / Die Versicherung verlangt einen Teil der Schadenskosten zurück.

(Dass er alles selber bezahlen muss, ist falsch.)

1d

Er könnte in Zukunft höhere Prämien bezahlen.

1e Lösungsbeispiel:

Am Morgen des 25. Oktober 2010 fuhr ich ... nach sechs Uhr früh zusammen mit meiner Partnerin zur Arbeit. Zwischen Embrach und Pfungen ZH fahren vor mir zwei Personenwagen und zuvorderst ein Traktor mit Anhängern. In einer langen Rechtskurve überholten die zwei PW korrekterweise den Traktor und ich schloss mich ihnen an. Zu spät sah ich den Lastwagen, der mir in der Kurve entgegenkam, und ich kollidierte seitlich mit ihm. Der Lastwagenchauffeur trat voll auf die Bremse, wich nach rechts aus und landete im Strassengraben. Ich blieb unverletzt.

2.

(Richtige Antwort: 0.5 P, falsche Antwort: -0.5 P, keine Antwort: 0 P)

Glasbruchversicherung

Wasserschadenversicherung

Krankenversicherung

Privathaftpflicht-Versicherung

Rechtsschutzversicherung

Motorhaftpflicht-Versicherung

Invalidenversicherung

Diebstahlversicherung

3.

3a

Durch höhere Kostenbeteiligung mit einer höheren Jahresfranchise. / Durch die Einschränkung der freien Arzt- und Spitalwahl (z. B. in einer HMO-Praxis; mit dem Hausarztmodell). / Durch den Vergleich der Prämien und einen allfälligen Wechsel des Krankenversicherungsanbieters. / Durch Wohnortwechsel. / Durch das Streichen von Zusatzversicherungen.

(Pro richtige Antwort: 0.5 P)

3b**1. Franchisenabzug: 5000 CHF – 2000 CHF = 3000 CHF****2. Selbstbehalt berechnen: 3000 CHF: 100 x 10 = 300 CHF****3. Total Selbstkosten berechnen: 2000 CHF + 300 CHF = 2300 CHF****Richtiges Endresultat mit korrektem ganzem Rechenweg (Franchisenabzug und Selbstbehaltrechnung): 3.0 P****Korrektes Endresultat ohne Rechenweg: 1.0 P****Ohne Franchisenabzug oder Selbstbehalt: jeweils –1.0 P**

3c

(Ein falsches Kreuz löscht ein richtiges.)

-
- Nur diejenigen Menschen, welche hohe Prämien bezahlen, dürfen teure Leistungen beziehen.
- Alle Menschen, die Prämien bezahlen, dürfen teure Leistungen beziehen.
- Niemand, der Prämien bezahlt, darf teure Leistungen beziehen.
-

4.

4a**Die Nichtberufsunfall-Versicherung.**

4b**Ab dem dritten Tag nach dem Unfall bezahlt die Versicherung 80 Prozent des Lohnes: 1.0 P.****Wenn nur: Lohnfortzahlung: 0.5 P**

4c**Der Arbeitgeber.**

4d**- Der Arbeitnehmer: 1.0 P;****- Oder: Ist im Arbeitsvertrag geregelt: 1.0 P**

4e**Die Krankenversicherung/Krankenkasse von K. S.;****Oder: Die Motorhaftpflicht-Versicherung von H. M.;****Oder: Die Insassenunfallversicherung von H. M.**

4f

(Ein falsches Kreuz löscht ein richtiges.)

-
- Seit den 1970er Jahren gibt es auf den Schweizer Strassen immer mehr Strassenverkehrsunfälle.
 - Zu Beginn der 1970er Jahre gab es auf den Schweizer Strassen am meisten Verkehrsunfälle.
 - Ab 1983/1984 begann die Anzahl Schwerverletzter zu sinken und die Anzahl Leichtverletzter zu steigen.
 - Seit Messbeginn wurden in der Schweiz bei Strassenverkehrsunfällen jedes Jahr mindestens 1000 Personen getötet.
 - 2015 hat die Anzahl getöteter Personen bei Strassenverkehrsunfällen wieder das Niveau von 1945 erreicht.
-

4g

- **Grundsätzlich stimmt diese Aussage, von 1945 bis ca. 1971 nehmen sowohl die Anzahl Unfälle mit Personenschäden, als auch die Anzahl getöteter Personen zu und nach ca. 1971 nehmen beide Kurven wieder ab: 1.0 P**
 - **mit Ausnahmen bei gewissen Abschnitten: 1.0 P**
 - **Ausser im Zeitraum zwischen 1960 und 1970: 1.0 P oder**
 - **Ausser im Zeitraum zwischen 1977 und 1984: 1.0 P oder**
 - **Ausser im Zeitraum zwischen 1997 und ca. 2004: 1.0 P**
-

Zeitgeschehen, Tagespolitik

1.**1a**

- **Klein, da über den ganzen gezeigten Zeitraum nur sehr wenige Initiativen angenommen wurden.**
 - **Eher klein. Doch betrachtet man die Entwicklung der letzten ca. 15 Jahre, so zeigt sich, dass prozentual mehr Initiativen angenommen wurden als zuvor. Somit steigen die geringen Chancen.**
-

1b

Zehn

1c

2011

2.

(Richtige Antwort: 1.0 P, falsche Antwort: -1.0 P)

-
- Jede in der Schweiz wohnhafte Person über 18 Jahren kann eine Initiative einreichen.
- Bei Annahme der Initiative wird der entsprechende Gesetzesartikel im ZGB oder OR geändert.
- Den oben genannten Initiativtext (Art. 10a) würden die Initianten gerne in die Bundesverfassung schreiben.
- Nach der gültigen Einreichung der Initiative geben Bundesrat und Parlament eine Stimmempfehlung ab; erst dann stimmt das Volk darüber ab.
-

3.

«Um eine Initiative gültig einzureichen, müssen innerhalb von **18 Monaten 100'000** Unterschriften gesammelt werden, und der Initiativtext darf nicht gegen zwingendes Völkerrecht verstossen.»

4.**4a**

Aktives/passives Wahlrecht; Referendumsrecht (1 Nennung)

4b

Kantone/Stände und das Volk müssen Ja sagen.

5.**5a**

Die Religionsfreiheit; BV Art. 15: Glaubens- und Gewissensfreiheit.

5b

Nein. Das Burkatragen wäre erlaubt zu Hause, im Garten, bei Freunden, in Moscheen; es gäbe Ausnahmen etc.

6.**6a**

Die Figur, die eine muslimische Frau symbolisiert und einen finsternen Eindruck macht. Die Farbe Rot ist im Hintergrund immer vorhanden. Eine muslimische Frau wird als potenzielle Bedrohung dargestellt.

(Korrekte Sätze: 1.0 P, 2 Gemeinsamkeiten: 1.0 P)

6b Lösungsbeispiel:

Zusätzlich zur Muslimin ist eine bedrohliche schwarze Gestalt zu sehen. Die Gestalt hat so etwas Ähnliches wie eine Handgranate in der Hand und scheint sie werfen zu wollen. Die Figuren sind durchgestrichen. Der Hintergrund ist einfarbig im selben Rot (symbolisiert eine Verschärfung der Gefahr).

(Korrekte Sätze: 1.0 P, 2 Unterschiede: 1.0 P)

6c Lösungsbeispiel:

Die Figur kann symbolisch für Böses und Angsteinflößendes stehen, spielt mit der Angst vor dem Islam und/oder drückt Islamophobie aus. Mit Angst lässt sich erfolgreich Politik machen. Muslime machen derzeit einigen Menschen Angst; wenige Fanatische morden im Namen Allahs; einige Schweizer Bürger setzen diese mit Terroristen gleich aufgrund entsprechender Stimmungsmache. Somit steht eine muslimische Frau und/oder das Tragen einer Burka stellvertretend für Terror und Tod. Insofern impliziert ein Verhüllungsverbot weniger muslimische Gefahr.

Wiederholt man gewisse Dinge immer wieder, beginnt der Mensch dies irgendwann zu glauben. Im vorliegenden Fall kann mit der verhüllten Muslima ein Feindbild aufgebaut werden, welches die Initianten für ihre Zwecke gebrauchen etc.

7.

7a

Amtsträger		Aufgabe
Ein Nationalrat	Parlament	Gesetze ausarbeiten/machen
Bundespräsidentin	Regierung	Gesetze umsetzen
Bundesrichter	Gerichte	Einhaltung der Gesetze sichern/urteilen

7b

- Ein Amtsträger darf nur in einer Gewalt tätig sein;
- Gegenseitige Kontrolle;
- Getrennte, andere Aufgabenbereiche;
- Keine Machtkonzentration;

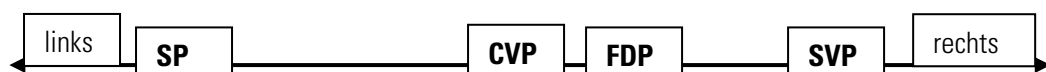
8.

Rechtsstaatlichkeit; / unabhängige Rechtssprechung; / Rechtsweggarantie; / Macht geht mittels politischen Rechten vom Volk aus; / Gleiche Freiheiten; / Rechte und Pflichten für alle Bürger; / klare Rechtsordnung; / Vielzahl von Parteien politisieren demokratisch; / freie Wahlen und Abstimmungen; / Meinungsfreiheit etc.

9.

9a

(Pro richtige Zuordnung: 0.5 P)



9b

(Richtiges Kreuz: 0.5 P, falsches Kreuz: -0.5 P)

-
- Sie wollen bestehende Werte unbedingt bewahren.
 - Sie setzen sich für staatliche Leistungen für sozial benachteiligte Menschen ein.
 - Sie sind klar gegen einen EU-Beitritt.
 - Sie wollen die Militärausgaben kürzen.
 - Sie wollen einen möglichst freien Markt ohne Eingriff des Staates.
-

10.**10a**

- **Es ist ein Zusammenschluss von Menschen, die in einem begrenzten Interessengebiet ihre Vorstellungen durchzusetzen versuchen.**
- **Sie dienen meist der Vertretung wirtschaftlicher Interessen;**
- **Sie beteiligen sich nicht selbständig an den Wahlen.**
- **Die Verbände selber sind im Parlament nicht vertreten.**

(Eine korrekte Antwort)

10b

- **Durch Mitarbeit/Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren.**
- **Verbandsmitglieder vertreten als Parlamentarier die Interessen der Verbände.**
- **Die Verbände unterstützen ihnen nahestehende Parteien finanziell.**
- **Durch Lobbying.**

(Eine korrekte Antwort)

11.**11a**

Beim Säulendiagramm werden absolute Werte/Zahlen miteinander verglichen. / Bei Grafik 1 geht es um Vergleich von Grössen.

Ein Liniendiagramm/Kurvendiagramm eignet sich, um (zeitliche) Entwicklungen aufzuzeigen. Bei mehreren Linien werden zusätzlich Entwicklungen einfach vergleichbar. / Bei Grafik 2 geht es um die zeitliche Entwicklung der Grösse des Vertrauens in ausgewählte politischen Akteure und Behörden.

11b

Vervollständigen Sie.

Aussage	Parteilbindung	Zeitraum
Glaubt mit der höchsten Prozentzahl, dass die Politik oft versagt.	Keine Partei	August 2012
Das Gefühl, die Politik versage, ist am stärksten gesunken.	CVP	2014–2016
<ul style="list-style-type: none"> - Höchster Glaube aller Werte, dass nie Versagen eintritt - Glaube an Politik am grössten - Über alle Werte tiefster Glaube, dass Versagen eintritt - 31% Versagen oft - 46% Versagen selten - 18% Versagen nie - 5% keine Antwort (mind. 1 Antwort: 0.5) 	CVP	August 2013
Aussage	Akteure	Zeitraum
Geniesst das höchste Vertrauen.	Bundesgericht	2016
Das Vertrauen in sie ist am meisten gewachsen.	EU	2012–2016
Diese Behörde war genau dreimal alleiniger Spitzenreiter in den Vertrauenswerten.	Polizei	2005, 2006, 2012 (alle drei gefordert)

Steuern

1.

1a

Sie wird bezahlt beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen. / Sie belastet den Verbrauch. / Sie ist eine Konsumsteuer.

1b

Es sind Steuern auf Einkommen/Vermögen. / Sie werden über die Steuererklärung ermittelt.

1c

Produkt	MwSt.	Produkt	MwSt.
Spaghetti	2.5 %	Uhr	8.0 %
T-Shirt	8.0 %	Sportzeitung	2.5 %

1d

8.0 % MwSt.

2.

(Pro korrekte Antwort: 0.5 P)

Bund	Kanton	Gemeinde
Militär, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe, Forschung, Verkehr, AHV,IV, Umweltschutz etc.	Polizei, Strassen, Berufsschulen, Spitäler, öffentl. Verwaltung etc.	Alters- und Pflegeheime, Schulen, Kehrichtbeseitigung, Wasserversorgung, Sozialhilfe etc.

3.

3a

Art. 127 Grundsätze der Besteuerung

¹ Die Ausgestaltung der Steuern, namentlich der Kreis der Steuerpflichtigen, der Gegenstand der Steuer und deren Bemessung, ist in den Grundzügen im Gesetz selbst zu regeln.

² Soweit es die Art der Steuer zulässt, sind dabei insbesondere die Grundsätze der Allgemeinheit und der Gleichmässigkeit der Besteuerung **sowie der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu beachten.**

3b

Er bezeichnet die prozentuale Zunahme der Steuerbelastung bei steigendem Einkommen. / Wer mehr verdient, bezahlt prozentual mehr Steuern. (Wenn nur: «Wer mehr verdient, bezahlt mehr»: 1.0 P)

3c

Die Umverteilung der Vermögen in der Bevölkerung. / Den sozialen Ausgleich. / Leistungsfähigere Steuerzahler entlasten finanziell schwächere Steuerpflichtige.

4.

Kantone und Gemeinden legen den Steuerfuss/Steuersatz jährlich selber fest; (Wenn nur: Kanton oder Gemeinde: 1.0 P)

5.

Lösungsbeispiele:

Pro-Argumente: Millionäre bezahlen vergleichsweise hohe Steuern. / Wachsen die Staatseinnahmen, kann der Steuerfuss in der Folge gesenkt werden. / Wettbewerb unter den Kantonen um gute Steuerzahler zwingt die Kantone dazu, ihre Ausgaben zu bremsen. / Von der Senkung des Steuerfusses profitieren alle Steuerzahler.

Kontra-Argumente: Schaden für das Heimatland (Wegzug von Steuermillionären); / Fairness: Ungleichbehandlung der Steuerpflichtigen; / Erzeugt Neid, politischen Unmut

6.

6a

Die Verrechnungssteuer von 35% wird vom Zinsertrag abgezogen und von der Bank dem Bund überwiesen. (Betrag richtig: 1.0 P, Begründung korrekt: 1.0 P)

CHF 900.–	CHF 1000.–	CHF 350.–	CHF 650.–
-----------	------------	-----------	------------------

6b

Es ist ein Instrument zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. / Ziel: Die korrekte Angabe des Einkommens und des Vermögens. / Angabe des Einkommens und Vermögens in der Steuererklärung: Verrechnungssteuer wird zurück erstattet bzw. von der Steuerrechnung abgezogen.

Ökologie – Klimawandel – Energiewende

1a.

Herausforderung 1: **Stärkere Temperaturzunahme; die Schweiz ist überdurchschnittlich stark betroffen.**

Herausforderung 2: **Die Schweiz ist ein Kleinstaat; ein Alleingang der Schweiz nützt nichts; schuld ist vorwiegend das Ausland.**

1b

Ereignis	Folge	Raum
Der grösste Teil der Gletscher schmelzen weg.	Im Hochgebirge entstehen neue Landschaften (von Fels, Schutt, spärlicher Vegetation und vielen, meist kleineren Seen)	Alpenraum
Der Dauerfrost taut bis in tiefere Schichten auf.	Dies führt zu vermehrten Steinschlägen und Felsstürzen.	Alpenraum
Die Schneesaison verkürzt sich um mehrere Wochen.	Der Wintertourismus steht vor Problemen. (Oder: Die Sommersaison verlängert sich.)	Alpenraum
Die Schneegrenze wird um mehrere hundert Meter ansteigen.	Skiorte unter 2000 Meter ü. M. werden empfindlich getroffen. Skilifte in höheren Lagen verlieren ihren stabilen Untergrund.	Alpenraum
Beschleunigte Vermehrung des Borkenkäfers.	Die Fichte droht aus den Wäldern des Mittellandes zu verschwinden.	Mittelland
Es kommt zu häufigeren und längeren Hitzeperioden in den Städten.	Städte werden zu Wärmeinseln. (Oder: Es gibt mehr Hitzetote.)	Mittelland
Es kommt zu Wasserknappheit im Sommer.	Die Landwirtschaft ist stärker auf künstliche Bewässerung angewiesen.	Mittelland

(Pro richtige Antwort in Spalte 1 und 2: je 1.0 P; pro richtige Antwort in Spalte 3: je 0.5 P)

1c

Lösungsbeispiele:

Der Schweizer Alpentourismus wird im Winter weniger Gäste haben, weil Skilifte unter 2000 Meter geschlossen werden müssen.

Der Klimawandel wird für den Schweizer Alpentourismus teuer, weil die Skilifte ohne Permafrost auf unsicherem Boden stehen. (Er muss teure bauliche Vorkehrungen treffen).

Der Schweizer Alpentourismus ist gefordert, weil er Alternativen zum Wintersport/Schneesport anbieten muss. Die längere Sommersaison verlangt nach innovativen Geschäftsideen.

(Pro Herausforderung: 1.0 P, sprachliche Mängel: – 1.0 P)

1d

Zum Beispiel: Nein, die Schweiz kann als gutes Vorbild vorangehen.

Oder etwa: Ja, die Einflussmöglichkeiten eines Kleinstaates sind zu beschränkt.

(Ohne Angabe eines Grundes: 0 P, sprachliche Mängel: – 0.5 P)

2.

2a

Die Treibhausgase/(das CO₂) verhindern, dass die Sonnenstrahlen wieder in die Atmosphäre entweichen können. Stattdessen werden sie auf die Erde zurückgeworfen und erwärmen dadurch das Klima wie in einem Treibhaus.

Die Erdoberfläche ist mit einem Treibhaus vergleichbar, das von der Sonne aufgeheizt wird und aus dem die Hitze nicht entweichen kann.

2b

Das Abholzen des Regenwaldes; andere Treibhausgase (Lachgas, synthetische Gase); Methan aus Rinderzucht und Reisanbau (Landwirtschaft).

2c

Es wäre eiskalt. / Alles wäre gefroren. / Es herrschte eine Eiszeit. / Es wäre –15 °C kalt. / Wir sind auf den natürlichen Treibhauseffekt angewiesen.

3.

3a

Wasser, Luft (Wind), Sonne, Holz, Boden, Erdöl, (Edel)metalle usw.

3b

Graue Energie	Die Energiemenge, die für die Herstellung, den Transport und die Lagerung sowie die Entsorgung eines Produktes verbraucht wird.
Ökologie	Wissenschaft, die sich mit der Beziehung der Menschen zu ihrer Umwelt beschäftigt.
Ökobilanz	Gibt Auskunft über die Auswirkungen eines Produkts oder einer Verhaltensweise auf die Umwelt.
Nachhaltigkeit	Zielt darauf ab, dass der Abbau und das Nachwachsen der Ressourcen im Gleichgewicht geschehen.

3c

Haushalt	Stosslüften; gute Isolation; Raumtemperatur senken; Kompost, Abfall vermeiden/trennen; Sondermüll korrekt entsorgen, regional einkaufen usw.
Arbeit	Möglichst viel Material recyceln; umweltfreundliche Geräte anschaffen; weniger heizen usw.
Mobilität	Gemeinsam zur Arbeit fahren; den Zug statt das Flugzeug benutzen; in der Nähe Ferien machen; Velo und ÖV benutzen (Ecodriving) usw.

4.

4a

Sie sind endlich; nicht erneuerbar; bringen Umweltverschmutzung mit sich.

4b

Der Bundesrat will aus der Kernenergie aussteigen.

4c

40 Prozent des Schweizer Stroms müssen anderweitig produziert werden; es dürfen keine neuen KKW gebaut werden. KKW-Betreiber verlieren ihre Kraftwerke. Sie müssen bis 2050 andere Einnahmequellen finden. Kernkraftwerke müssen rückgebaut werden.

(Zu 4b und 4c: bei starken Rechtschreibmängeln: bis zu -0.5 P Abzug)

4d

Radioaktiver Abfall; Endlagerung; Reaktorkatastrophe/Verstrahlung (Atombombe: 0.5 P)

4e

**Abhängigkeit von (teils schmutzigem) Strom aus dem Ausland; Versorgungssicherheit ist bedroht;
Überlastung der Infrastruktur (Kapazitätsgrenze).**
